Mitteilungen

des Syndikus des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.

Erscheint nach Bedarf.

Nr. 6	15. September 1919	Jahrg. I

Mitgliederwerbung.

Die ernste Lage macht es dem Centralverein zur Pflicht, alle seine Anhänger bis auf den letzten Mann zu sammeln. Deshalb bitten wir die Ortsgruppen und Vertrauensmänner dringend, mit energischer Mitgliederwerbung einzusetzen, die die leider unerfreuliche Situation nicht schwer macht. Zahlreiche Frauen von Mitgliedern des Centralvereins, wie ihre erwachsenen Angehörigen, fehlen immer noch in den Listen. Der Angestelltenwerbung muß höchste Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Von großer Bedeutung ist es auch bei den vorhandenen Mitgliedern auf die Erhöhung der Beiträge hinzuwirken. Immer noch finden sich eine große Reihe von Mk. 2-Beiträgen, die leicht erhöht werden könnten. Mündliche Propaganda und in größeren Ortsgruppen Rundschreiben haben gute Ergebnisse. Die Centrale steht gern mit Ratschlägen zu Diensten.

2. Die Pogromhetze in der Nationalversammlung.

In den Sitzungen der Nationalversammlung am 25. und 26. Juli ist auch die Frage der antisemitischen Hetze kurz behandelt worden. Es wird besonders auf diese Erörterungen hingewiesen, weil hier die ersten programmatischen Erklärungen vorliegen, welche die Führer der politischen Parteien in dieser Zeit im deutschen Parlament gegen die Pogromhetze abgegeben haben. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß ein Mitglied des Vorstandes wie einer der Herren des Syndikats des Centralvereins in Weimar maßgebende Vertreter der Parteien wie der Regierung über die Hetze und ihre Folgen eingehend unterrichtet haben. Unsere Ortsgruppen aber werden gebeten, diese nachfolgend abgedruckten Erklärungen nicht nur zu lesen, sondern sie in jedem irgendwie geeignet erscheinenden Sinn zu verwerten.

Haase (U. S. P.): Gegen die Juden wird gehetzt in einer geradezu infamen Weise. Der Ausschuß für Volksaufklärung, die Deutsche Erneuerungs-Gemeinde, der Deutschvölkische Bund, der Reichshammerverband verbreiten in Massen Flugblätter in der Eisenbahn, auch in Kasernen. In diesen Flugblättern wird direkt aufgefordert, die Juden zu vernichten, alle „zu töten, die sich gegen die göttliche Ordnung erheben".

Am 21. Februar hat ein Mitglied des Ausschusses für Volksaufklärung im Rheingold den Gedanken erwogen, ob von diesem Ausschuß nicht ein freiwilliges Werbebüro eröffnet werden solle. Gegen Zeitungen der Arbeiter, gegen kommunistische, gegen unabhängige Druckschriften ist man schnell bei der Hand. Daß dieselbe Tatkraft aufgeboten worden ist gegen diejenigen, die eine Pogromhetze in Szene setzen wollen, davon haben wir nichts gemerkt.

Frl. Dr. Bäumer (D. D. P.): Ich möchte, ehe ich davon spreche, nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, wie es auch der sozialdemokratische Redner (auch der mehrheitssozialistische Abge-

ordnete Krätzig streifte die Hetze) getan hat, daß zu all dem, was uns jetzt innerlich aufwühlt und zerreißt, noch ein Neues zu kommen droht: Pogromgefahren. Es wäre wahrlich für uns ungeheuerlicher Frevel an der inneren Einheit, wenn das jetzt auch noch käme, und es wäre vor allen Dingen der Welt gegenüber wahrlich unangebracht, daß wir ihr auch noch dieses Schauspiel der Unkultur geben.

Noske, Reichswehrminister: Uebelster Parteikampf und politische Hetze schlimmster Art haben — davon erleben wir beinahe Tag für Tag neue Proben — seit Monaten einen außerordentlichen Umfang angenommen, einen viel größeren Umfang, als wir das früher gewohnt waren. Dazu gehört auch eine antisemitische Hetze peinlichster Sorte, von der Herr Haase soeben gesprochen hat. Ich schätze sie als außerordentlich gefährlich ein, weil sie bei der leichten Erregbarkeit vieler darbenden Menschen und bei der großen Geneigtheit zu Gewalttätigkeiten leicht arge Ausschreitungen zur Folge haben könnte. Deutschlands Ansehen in der Welt müßte eine weitere Beeinträchtigung erfahren, wenn wir zu allem Unheil auch noch Pogrome erlebten. Ich bin in Berlin dieser antisemitischen Hetze nachgegangen, um ihr entgegenzuwirken. Das ist nicht leicht. Daß es so schwer ist, ihr entgegenzuwirken, ist einmal darauf zurückzuführen, daß auch bei dieser Art von Feststellungen, die zu treffen sind, die Polizei nicht immer so funktioniert, wie das wünschenswert ist. Ferner ist der Ursprung mancher antisemitischer Hetzblätter ebenso schwer festzustellen wie das Herkommen spartakistischer Blätter, die in beträchtlicher Menge zur Verbreitung gelangen. Wo sich die Handhabe bietet, wird zugepackt werden. Jede Art von antisemitischen Treibereien in der Truppe, die zu meinem lebhaften Bedauern gelegentlich vorgekommen sind, verurteile ich auf das allerentschiedenste. Wenn ich Kenntnis davon erhielt, bin ich sofort eingeschritten. So habe ich noch in den letzten Tagen die schleunigste Entfernung eines Mannes angeordnet, dem antisemitische Hetzereien in der Truppe nachgewiesen werden konnten. Ich habe außerdem Vorsorge dafür getroffen, daß alle Truppenführer darauf hingewiesen werden, sie hätten unter allen Umständen die Pflicht, jeder Art von antisemitischer Propaganda und Pogromhetze bei der Truppe mit allem Nachdruck entgegenzutreten.

*

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß ein Mitglied des Vorstandes des Centralvereins und ein Herr des Syndikats in Weimar längere Zeit Gelegenheit nahmen, in Verhandlungen mit Parteien und Regierung die dringend notwendige Aufklärung über Umfang und Gefährlichkeit der antisemitischen Hetze zu geben. Ein genauer Bericht über diese wichtigen Verhandlungen wird demnächst in einer beschränkten Anzahl von Exemplaren herausgegeben werden. Diejenigen Ortsgruppen und Vertrauensmänner, welche ihn zu erhalten wünschen, wollen dies schon jetzt dem Büro mitteilen.

3. Die Presse gegen den Antisemitismus.

Die Besprechungen, die einer der Herren des Centralvereins mit führenden Persönlichkeiten aller politischen Parteien in Weimar gepflogen hat, haben außer anderen Erfolgen auch bewirkt, daß ein Teil der deutschen Presse, insbesondere die demokratischen und sozialdemokratischen Blätter ihre Leser in vortrefflicher Weise über die Machenschaften der Judenhetzer unterrichtet hat. Aus den vielen Artikeln sei der Artikel „Flammenzeichen“ herausgegriffen, den der in Magdeburg erscheinende „Mitteldeutsche Kurier“ in seiner Nummer vom 16. August veröffentlicht:

> Wer Augen hat, zu sehen und Ohren, zu hören, der merkt, daß etwas vor sich geht. Man möchte dem deutschen Volk zurufen: Lass' dich nicht wieder betrügen von unverantwortlichen Hetzern, achte auf das unter der Decke glimmende Feuer, das zu häuserhoher Flamme emporlodern kann! Es ist das alte „Tut nichts, der Jude wird verbrannt!“, das der antisemitische Flügel der Deutschnationalen Volkspartei, dieser „einzigen und wahren Patrioten“, auf Tausenden und Abertausenden, vielleicht Millionen von Flugblättern ins Land schleudert. Es entstehen vor allem zwei Fragen: Woher kommen die ungeheuren Mittel, die diese Agitation verschlingt, und glaubt man wirklich, daß die alten Hetzmethoden à la Ahlwardt und Stöcker bei dem physisch und moralisch nicht mehr ganz taktfesten deutschen Volke auf fruchtbaren Boden fallen werden? Ja, wenn es den Herrschaften nur darauf ankäme, deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens bei den anderen Volksgenossen anzuschwärzen! Man will mehr, viel mehr, man will Blut fließen sehen, einen regelrechten Pogrom will man haben! Und auch hier entsteht wieder eine Frage: Soll nur das jüdische Blut fließen, weil die Juden eben an allem schuld sein sollen, auch an den heutigen Zuständen in Deutschland, oder soll es nicht überhaupt einen allgemeinen Riesenputsch

geben, der den Vertretern des Imperialismus wieder in den Sattel helfen soll? Also, man meint die Juden vielleicht gar nicht, sondern in erster Reihe eigene, höchst eigene Interessen? Darüber sollte jeder Deutsche nachdenken, der sich noch einen klaren Kopf und Ruhe bewahrt hat.

Die Motive der Deutschnationalen mögen geartet sein wie sie wollen — wir können die ganze Angelegenheit nicht ernst genug betrachten. Das wäre wirklich noch der fehlende Schlußeffekt: so ein Pogrom nach russischer Art, promptes Einrücken der Franzosen, Belgier, Engländer und Italiener, Schluß mit sämtlichen Errungenschaften der Revolution, Schluß mit dem letzten Rest von deutscher Reputation, und eine kleine, aber immer noch mächtige Partei von der rechten Seite des Hauses könnte im Trüben fischen. Kurz und gut, das wäre so ungefähr die Situation, die uns „retten" könnte! Wie klingt es durch das Tollhaus? Die Juden sind schuld am Krieg, an seinem unglücklichen Ausgang, an der Revolution, an allem, was uns diese „herrliche Zeit" gebracht hat. Hat es Zweck, sich bei diesen Delirien aufzuhalten, gerade jetzt, wo wir noch unter dem frischen Eindruck der Weimarer Enthüllungen und der darauf folgenden Preßpolemiken stehen? Wird sich das deutsche Volk die Verallgemeinerungen endlich verbitten? Es weiß nur zu gut, daß sich unter allen Konfessionen Personen befinden, die sich mißliebig gemacht haben, Schieber, Wucherer, Drückeberger, aber wer wird deshalb wohl verallgemeinern und beispielsweise ins Land rufen, die Glaubensgenossen des Dr. Dorten seien Hochverräter?! Nur diejenigen, die sich schwach fühlen, pflegen zu übertreiben; darum fort mit diesen Verallgemeinerungen! Es weht ein frischer Luftzug in dem neuen, demokratischen Deutschland; da ist kein Platz für derartige Miasmen. Freie Bahn muß sein für jeden Staatsbürger, der seine Pflicht tut! Wie würde beispielsweise der Engländer lachen, wenn man ihn nach seiner Konfession fragen wollte!

Die bereits vorliegenden Statistiken zeigen klar, daß die jüdischen Soldaten in erstaunlicher Weise in diesem Kriege ihren Mann gestanden haben, wie die Soldaten der anderen Konfessionen auch, erstaunlich deshalb, weil sie im Durchschnitt nicht über den robusten Körper verfügen wie ihre christlichen Kameraden. In ungezählte jüdische Häuser ist die Trauer eingezogen, gerade wie in die christlichen. Gemacht ist dieser Krieg vom internationalen Imperialismus, die Revolution ist lediglich geboren aus dem militärischen und seelischen Zusammenbruch des Volkes, und ihre Führer setzten sich zusammen aus Personen aller Konfessionen. Daß es nun auch jüdische Minister gibt: Du lieber Himmel, die hat es in allen Ländern schon gegeben, nur nicht in Deutschland; in Italien gab es sogar einen jüdischen Kriegsminister. Daß sich heute prozentual etwas viel Israeliten in exponierter Stellung befinden, das liegt naturgemäß auch daran, daß sie sich in Friedenszeiten, als sie in mancher Hinsicht zu den Zurückgesetzten gehörten, viel um Sozialpolitik, besonders um Arbeiterfragen gekümmert haben. Es wäre schade, den ganzen Schmutz aufzufangen, der die Aufrufe der Antisemiten durchzieht; man muß ihn in der Gosse liegen lassen, wo er hingehört. Wir wissen, daß der gesunde Sinn des deutschen Volkes sich nicht vergiften lassen wird von sogenannten Volksbeglückern, die vor keinem noch so verwerflichen Mittel zurückschrecken, um ihre Sonderziele zu erreichen. Besonders der deutsche Arbeiter, der ja heute eine große Macht im Staate repräsentiert, wird sich vom Antisemitismus nicht einfangen lassen. Dankbaren Herzens wird er stets seiner jüdischen Mitbürger gedenken, aus deren Reihen ihm die Lehrer des wissenschaftlichen Sozialismus — auch Karl Marx war bis zu seinem sechsten Lebensjahre Jude — und mehrere seiner besten Führer gekommen sind, wahre Freunde des Proletariats, die dem Arbeiter erst Klassenbewußtsein beigebracht, ihn aufgeklärt und ihn erst zu gleichberechtigten Menschen gemacht haben. Und der deutsche Arbeiter wird auch wissen, daß die deutschen Juden nicht identifiziert werden können mit jenen Ueberbringern der bolschewistischen Ideen aus Rußland, mit Menschen, die nur unter dem unerhörten Druck der zaristischen Verhältnisse zu Fanatikern werden konnten.

Ein Fürst im Reiche des Geistes, eine wirkliche Exzellenz, die immer nur Mensch sein wollte, Ernst Häckel, ist in diesen Tagen aus dem Leben geschieden. Bei der Nachricht von diesem Tode haben alle Gebildeten wohl für einen Augenblick den Atem angehalten. In seinen „Welträtseln" sagt Häckel: „Christus steht ebenso auf den Schultern von Moses, wie später Mohammed auf den Schultern von Christus. Ebenso ruht das Neue Testament, welches in der kurzen Zeitspanne von 1900 Jahren das Glaubensfundament der höchst entwickelten Kulturvölker gebildet hat auf der ehrwürdigen Basis des Alten Testaments" und „Unter allen Kriegen, welche die Völker mit Feuer und Schwert gegen einander geführt haben, sind die Religionskriege die blutigsten gewesen; unter allen Formen der Zwietracht, welche das Glück der Familien und der einzelnen Personen zerstört haben, sind die religiösen, dem Glaubensunterschiede entsprungen noch heute die gehässigsten". Nein, durch die Juden ist dieses Unglück nicht über Europa gekommen! Sie sind Freunde des Friedens zwischen den Völkern, Freunde von stiller, ungestörter Arbeit der Hände und des Kopfes, und diese Arbeit, verbunden mit einem Hang zu innigem Familienleben, hat sie, trotz einer Leidenszeit von einigen tausend Jahren, nicht untergehen lassen. In dem heutigen demokratischen Deutschland wollen die Juden mehr denn je deutsche Staatsbürger sein, mit allen Rechten und allen Pflichten.

Flammenzeichen erscheinen am Himmel: Möge das friedliebende deutsche Volk sie rechtzeitig erkennen, ehe es zu spät ist!

Julius Heine-Magdeburg.

4. „Reaktionäre Offiziere".

Die „Zeitschrift des Nationalverbandes Deutscher Offiziere" bringt in Nr. 7 in einem von Hauptmann von Flotow verfaßten Artikel „Reaktionäre Offiziere" folgenden Passus:

„In dieser Beziehung sind wir allerdings „reaktionär". Wenn uns die Juden und die Genossen am

9. November nicht unsern Kaiser und König genommen und das ganze deutsche Volk systematisch verrückt gemacht hätten, wären wir hierzu nicht gezwungen. Nach dem alten Ordnungs- und Sicherheitsstaat der Hohenzollern sehnen sich schon Millionen zurück. Sind sie denn nicht auch „Reaktionär"? Das Märchen von den „reaktionären" Offizieren wird auch bald seine Zugkraft verloren haben. Die Wahrheit läßt sich selbst durch die jüdisch-demokratisch-sozialistische Presse nicht ganz unterdrücken."

Hiergegen wandte sich ein alter Freund unserer Bestrebungen, Herr Patentanwalt Herzfeld. Seine Erwiderung wurde in Nr. 10 derselben Zeitschrift unter der Ueberschrift „Judentum und Umsturz" mit der nachfolgenden Kopfnotiz der Schriftleitung gebracht:

„Von einem Offizier jüdischen Glaubens erhalten wir die nachstehenden Ausführungen, denen wir, um nicht einseitig zu erscheinen, Raum gewähren. Wir weisen aber gleich darauf hin, daß wir (aus Gründen des Raummangels) nicht in der Lage sind, eine Aufrollung der ganzen Judenfrage in unserer Zeitschrift zuzulassen. Wir bitten daher von weiteren Zuschriften in dieser Frage Abstand zu nehmen."

Die Erwiderung selbst lautet:

„In dem Aufsatz „Reaktionäre Offiziere" in Nr. 7 dieser Zeitschrift sagt Herr Hauptmann von Flotow: „Wenn uns die Juden und die Genossen am 9. November nicht unsern Kaiser und König genommen und das ganze deutsche Volk systematisch verrückt gemacht hätten, wären wir hierzu nicht gezwungen." Gegen diese Behauptung, soweit sie die Juden betrifft, muß ich mich als Deutscher jüdischen Glaubens aufs schärfste verwahren. Die direkten Urheber der Abdankung des Kaisers waren Prinz Max von Baden und General Gröner. Beide sind nicht Juden. Die indirekten Urheber waren die Führer der unabhängigen Sozialdemokratie, unter denen sich in der Tat einige Juden befanden, deren Zahl übrigens maßlos übertrieben wird, weil Leute, die an dem Verfolgungswahnsinn der Judenriecherei leiden, eine Reihe von Führern der U. S. P. D. und des Spartakus frischweg als Juden bezeichnet haben, obgleich sie nie dem Judentum angehört haben, wie z. B. Liebknecht, der väterlicher- und mütterlicherseits in mindestens vier Generationen nach urkundlichen Belegen aus evangelischen Kreisen stammte. Die Juden in ihrer Gesamtheit haben aber mit der Abdankung des Kaisers genau soviel und genau sowenig zu tun, wie die Protestanten oder Katholiken als Gesamtheit. Wir Offiziere haben während der Revolution am eigenen Leibe gespürt, welche schwere Ungerechtigkeit es bedeutet, wenn ein ganzer Stand für die Verfehlungen einiger weniger verantwortlich gemacht wird. Aus dieser Erfahrung heraus sollte gerade ein Offizier etwas vorsichtiger mit solchen ungerechtfertigten Verallgemeinerungen sein, die lediglich geeignet sind, die zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes dringend nötige Einigkeit zu zerstören.

Patentanwalt Herzfeld,
Leutnant d. L.

*

In Ergänzung der Mitteilungen des Herrn Herzfeld sei noch eine Frage beantwortet, die der Autor des Artikels (der übrigens auch in der „Deutschen Zeitung" vom 6. August erschienen ist) darin stellt. Nach einigen hämischen Bemerkungen über den Abgeordneten Davidsohn fragt er: „Wo mag dieser Herr sich während des Krieges aufgehalten haben?" Wenn Herr v. Flotow einmal wider seine Gewohnheit sachlich vorgegangen wäre, so hätte er erfahren können, daß unser Vorstandsmitglied Abgeordneter Davidsohn als aktiv gedienter Soldat trotz seiner 42 Jahre Ende November 1914 als Gemeiner eingezogen wurde. Im Mai 1915 kam Davidsohn auf 15 Monate ins Feld, wo er es bis zum Vizefeldwebel (wegen Tapferkeit vor dem Feinde befördert) brachte, das Eiserne Kreuz erhielt und zweimal verwundet wurde. Es wäre immerhin interessant zu erfahren, ob Herr v. Flotow die gleiche kriegerische Vergangenheit hat.

5. Thule-Gesellschaft.

Unter den verschiedenen Vereinen, die in der jetzigen antisemitisch stark bewegten Zeit hetzerisch besonders hervortreten, steht die Thule-Gesellschaft an erster Stelle. Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Ortsgruppe München, macht folgende Angaben über die Personalia der Thule-Gesellschaft:

Der genannte Verein wurde unter dem Namen „Thule-Gesellschaft zur Forschung Deutscher Geschichte und Förderung Deutscher Art" am 3. Juli 1919 in das Vereinsregister des Amtsgerichts München eingetragen. In der schon am 21. März errichteten Satzung ist als Zweck bezeichnet: Die Mitglieder durch Vorträge und Besprechungen zur Forschung deutscher Geschichte anzuregen und in deutscher Art zu fördern und zu belehren, ferner einen Sammelpunkt für den geselligen Verkehr der Mitglieder zu bilden. Aufnahme steht jedem volljährigen Deutschgeborenen frei. Aufnahmegebühr Mk. 20.—, Vierteljahresbeitrag Mk. 10.—, für Frauen die Hälfte.

Die Satzung ist unterschrieben von Johann Hering, Alfred Balles, Hans Müller (vermutlich der Redakteur des „Münchener Beobachter"), Georg Raniedl, B. M. Sesselmann, F. G. Hollerieth, Therese Müller, A. Knemfe (?), den Vorstand bilden: Bahnverwalter Friedrich Knauf 1., und Bezirksamtsassessor Heinrich Meyer 2. Vorsitzender, Hans Riemann, Schriftführer, Paul Hampel, Rechnungsführer, ferner Dr. Rohmeder (bekannt als Vorsitzender des Vereins zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande), Karl Mathes und Ed. Jul. Knail. Soweit nichts bemerkt, sind uns die Herren nicht näher bekannt.

Da die Satzung die wahren Vereinsziele sorgfältig verbirgt, hatte die Polizeidirektion wohl keinen Anlaß, Einspruch nach § 61, Absatz 2 B. G. B. zu erheben.

6. Kölnische Zeitung.

Von befreundeter Seite wird dem Centralverein der interessante Briefwechsel eines Kölner Herrn mit dem Chefredakteur der „Kölnischen Zeitung" zur Verfügung gestellt. Der Herr fragte an, wie es zu erklären sei, daß die „Kölnische Zeitung" bei dem deutlich in die Erscheinung tretenden Mangel an Druckpapier wiederholt antisemitisch gefärbte Artikel bringe, die sich mit dem Anteil der Juden am praktischen Leben der Gegenwart, am Bolschewismus usw. beschäftigen. Der größte Teil der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens deute sich dieses Verhalten in folgendem Sinne:

> Die „Kölnische Zeitung" versucht, die von ihr vertretenen Interessen aus der Krise unserer Zeit zu retten durch das alte Heilmittel der Reaktionäre aller Krisenepochen seit dem vierzehnten Jahrhundert: durch eine Ablenkung des angesammelten Klassenhasses auf die Juden, sie sucht zum mindesten die bolschewistischen Ideen bei den weniger denkenden Schichten ihrer Leser dadurch in Mißkredit zu bringen, daß sie immer wieder darauf hinweist, daß ihre Hauptträger zum Teil jüdischen Ursprungs sind, obwohl dieser Ursprung mit der Idee nicht das geringste zu tun hat.

Da der Kölner Herr in einem Einzelfall eine andere Erfahrung gemacht habe, bitte er um Aufklärung. Darauf ging von dem Chefredakteur der „Kölnischen Zeitung" folgende Antwort ein:

Sehr geehrter Herr!

Ihr Schreiben vom 5. Mai habe ich erhalten; ich danke Ihnen zunächst für den ruhigen, sachlichen Ton, in dem Sie eine Meinungsverschiedenheit besprechen und zu klären versuchen, die uns von Seiten anderer jüdischen Mitbürger häufig einseitige und beleidigende Vorwürfe eingetragen hat. Es ist eine nicht zu bestreitende Tatsache, daß bei den Umsturzbewegungen in fast allen Ländern, die in Frage kommen, die Juden eine mit ihrem zahlenmäßigen Anteil am Volksganzen in gar keinem Verhältnis stehende Rolle gespielt haben. Es liegt dies zum Teil an menschlich begreiflichen Gründen: Die Juden sind vielerorts in einer gedrückten Lage gewesen und ergreifen jetzt mit doppeltem Eifer die Gelegenheit, Einfluß auszuüben; sie sind im Durchschnitt auch wohl intelligenter, geistig beweglicher, redegewandter als ihre Mitbürger derselben Bevölkerungsschicht, namentlich in den unteren Klassen. Für Bestrebungen internationaler Färbung fällt ins Gewicht, daß viele Juden, sei es, weil sie — was man ihnen menschlich auch nicht verargen kann — sich in erster Linie als Nationaljuden fühlen, sei es, weil sie, mit Recht oder Unrecht, von den Staaten, denen sie angehören, schlecht behandelt worden sind, nicht die „Vaterlandsliebe" haben, die man vom staatsbürgerlichen Standpunkt verlangen muß. Endlich neigen viele Juden zu verstandsmäßiger Abstraktion, ohne genügend auf das praktische Leben Rücksicht zu nehmen, und werden so — oft bei zähem Konservativismus in anderen Dingen — politisch zu Anwälten der extremsten radikalen Strömungen. Aus diesen Gründen ist es sehr wichtig, den Anteil der Juden am Leben der Gegenwart im Auge zu behalten; eine Zeitung, die das ganz unterließe, würde das Bild fälschen oder doch einen höchst bezeichnenden Zug unterdrücken. Daß die Presse anderer Länder derselben Ansicht ist, zeigt der Aufsatz der „Times", dessen Abdruck in der „Kölnischen Zeitung" Sie mißbilligen. Wir halten es für unsere Pflicht, ein völlig objektives Bild zu geben; wir werden dadurch so wenig zu Antisemiten, wie wir dadurch, daß wir oft die Politik des Zentrums heftig befehden, zu Gegnern des Katholizismus werden, von dem das Zentrum ein Teil ist. Was die von Ihnen mit Recht gerügte Notiz der Frau Rabinowitz angeht, so teile ich Ihnen persönlich mit, daß diese Notiz gestrichen war, durch ein Versehen aber doch ins Blatt gekommen ist. Wir bedauern dieses Versehen, haben aber auf eine öffentliche Erklärung verzichtet, weil man uns diese doch nur als wohlfeile, aus den Fingern gesogene Entschuldigung ausgelegt hätte.

Ich hoffe, daß Sie nach meinem Schreiben wenigstens nicht mehr an dem Streben der „Kölnischen Zeitung" gerecht zu sein, zweifeln werden, wenn Ihnen auch unsere Argumente nicht alle stichhaltig erscheinen sollten.

Mit vorzüglicher Hochachtung Ihr sehr ergebener
Ernst Posse,
Chefredakteur der „Kölnischen Zeitung".

7. Eine Erklärung der Welfischen Parteileitung.

Vor einiger Zeit wurde im sozialdemokratischen „Volkswillen" eine Notiz über eine deutsch-hannoversche Versammlung in einem kleinen Deisterörtchen veröffentlicht, in welcher der Redner antisemitische Aeußerungen getan haben soll. Auf eine dementsprechende Anfrage hat die Welfische Parteileitung durch den Oberst von Berger nachstehende befriedigende Antwort erteilen lassen:

Ich habe unseren Parteisekretär Büsing zur Sache vernommen. Er ist ein sehr besonnener und gewandter Mensch, der sich noch nie eine Entgleisung zu schulden kommen ließ. Er schilderte den Vorfall wie folgt: Nach seiner Rede ist er von einem Mehrheitssozialisten Riemann angegriffen worden. Dieser hatte gesagt, daß die preußische Regierung jetzt Hannover doch keine Schwierigkeiten mehr in den Weg legte und daß doch Preußen nicht mehr die tonangebende Macht sei! Büsing hat darauf geantwortet, daß der Vizekönig Leinert mit den Ministern Heine und Hirsch alles täten, um die Vorherrschaft Preußens zu wahren. Er hat hierbei die Zugehörigkeit Heines und Hirschs zum Berliner glaubenslosen internationalen Judentum angedeutet, aber nur dessen spezifischen Geist mißverständlich gemeint. Es hat ihm nichts ferner gelegen, als das ernste, bodenständige religiöse Judentum angreifen zu wollen. Ich habe Büsing auf das unzulässige jeder antisemitischen Propaganda hingewiesen.

Ich bin Ihr sehr ergebener gez. von Berger.

8. Zum Fall Hochheimer.

Die antisemitische Presse hat sich seinerzeit in bekannter sachlicher Weise mit der Angelegenheit des Kaufmanns Moritz Hochheimer, Steinheim i. W., beschäftigt, gegen den im Sommer vorigen Jahres eine Untersuchung wegen Preiswuchers usw. eingeleitet worden war. Die Untersuchung hat jetzt die völlige Grundlosigkeit der Beschuldigungen ergeben. Die Handelskammer Bielefeld teilt in dieser Angelegenheit Folgendes mit:

Der Kaufmann Moritz Hochheimer, Steinheim i. Westf., gegen den im Sommer vorigen Jahres auf Veranlassung der Reichsgetreidestelle von der Staatsanwaltschaft Paderborn eine Untersuchung wegen Vergehens gegen die Reichsgetreideordnung, Höchstpreisüberschreitung, Kettenhandels und Preiswuchers eingeleitet und der daraufhin auch von der Betätigung als Kommissionär in den Bezirken der Kommunalverbände Höxter und Lippsche Wirtschaftsgemeinschaft (Lemgo) ausgeschlossen wurde, ist durch Beschluß der Ferienkammer des Landgerichts Paderborn vom 29. Juli d. J. außer Verfolgung gesetzt worden. Die Handelskammer Bielefeld hat auf Grund dieses Beschlusses und der ihm zugrundeliegenden Feststellungen des Gerichts bei der Reichsgetreidestelle beantragt, die schleunige Wiedereinsetzung Hochheimers als Kommissionär in die Wege zu leiten.

9. Erste Eindrücke der Flüchtlinge aus Elsaß-Lothringen.

Von einem Mitglied des Centralvereins in Metz ging dem Centralverein folgender Brief zu:

Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht versäumen, Ihnen einige kleine Erlebnisse mitzuteilen.

Mein bisheriger Wohnsitz war Metz. Ich mußte meine Heimat freiwillig gezwungen als Flüchtling, wie so viele Deutsche, verlassen. Es wird Ihnen bekannt sein, welchen Demütigungen wir seitens der Franzosen als Deutsche ausgesetzt waren, doch kann ich sagen, daß wir dies alles in dem Bewußtsein und dem Glauben trugen, der deutschen Sache ein Opfer zu bringen. Die Liebe der deutschen Juden in den Reichslanden zum deutschen Vaterlande ist tatsächlich bewundernswert. Besonders bezeichnend sind die Verhältnisse in Metz, wo viele Glaubensbrüder selbst von einheimisch-jüdischer Seite alles Mögliche zu erdulden haben. Ist doch der Fall nicht selten, daß einheimische Glaubensgenossen zum Zwangsverwalter über das Vermögen der deutschen Glaubensgenossen eingesetzt werden, und in der herzlosesten Weise vorgehen.

Der Rabbiner Dr. N. (ein Elsässer), der im Kriege hurrapatriotische Reden gehalten hat, spricht jetzt in solch gehässiger Weise gegen Deutschland, daß die deutschen Juden es vorziehen, überhaupt nicht mehr das Gotteshaus zu betreten.

Alles dies ertrugen wir aus Liebe zur deutschen Sache. Sie können sich wohl lebhaft denken, wie einem Flüchtling zu Mute ist, der sein Hab und Gut in Elsaß-Lothringen zurücklassen mußte.

Ich zog es also vor, nach Deutschland zurückzukehren, schweren Herzens, aber in der freudigen Zuversicht, wieder vollberechtigter Bürger zu sein, dem es auch nach 10 Uhr abends gestattet ist, deutsch zu reden. Freudig bewegt überschritten wir das besetzte Gebiet. Hinter Kehl verließen uns die französischen Begleitmannschaften, und es machte sich allgemein eine etwas gehobenere Stimmung geltend. Wir betreten Offenburg und siehe da, was finde ich im Wartesaal zweiter Klasse, ein antisemitisches Hetzblatt des deutschen Schutz- und Trutz-Bundes. Ein tief beschämendes Gefühl ergreift meine Seele. Das gehobene Gefühl der Erleichterung, die Freude, die Luft im Vaterlande wieder einatmen zu dürfen, machte einem tiefen Schmerz Platz. Also das ist das neue Deutschland — dort wo elsaß-lothringische Flüchtlinge die ersten Eindrücke der wiedergefundenen Heimat auf sich wirken lassen sollen, da wagt es eine gemeine Gesellschaft, uns, die wir für Deutschland gelitten haben und noch namenlos leiden, einen derartigen Schimpf anzutun. Ich sende Ihnen anbei das Flugblatt, das die Ursache meiner Enttäuschung war, und wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie darauf hinwirken würden, daß derartige Gemeinheiten direkt an der Grenze Frankreichs unterlassen würden.

Jetzt bin ich über die Verhältnisse und die Ursache der reaktionär antisemitischen Bewegung orientiert, so daß deren Angriffe an mir abprallen und meiner deutschen Staatsbürgerpflicht nicht schaden können. Ich möchte nur gern die deutschen Flüchtlinge aus Elsaß-Lothringen vor diesem ersten Eindruck bewahren, und bitte daher um Ihre freundliche Hilfe.

Es ist verständlich, daß Flüchtlinge, die ihre Heimat unter so vielen Demütigungen verlassen mußten, durch Eindrücke dieser Art aufs tiefste erschüttert werden. Nur die Hoffnung, daß doch die Einsicht und das Gerechtigkeitsgefühl im deutschen Volke, das jetzt noch durch die traurigen Ereignisse betäubt ist, siegen werden, kann darüber hinweghelfen.

10. Verein der Freunde der Deutschen Zeitung in Hamburg.

Die Vereine mit antisemitisccher Tendenz schießen wie Pilze aus der Erde. Zu den vielen bereits bestehenden Hetzvereinen ist eine neue Vereinigung getreten und zwar der „Verein der Freunde der Deutschen Zeitung zu Hamburg“. Professor Dr. W. Capelle berichtet als Einberufer über die Gründungsversammlung in der „Deut-

schen Zeitung“. Der Verein soll alle die umschließen, die in dem Programm der „Deutschen Zeitung“ ihre Weltanschauung verkörpert sehen. In dem Bericht heißt es:

„Wer Anhänger der internationalen Sozialdemokratie oder wer fremden Blutes ist, der kann nicht Mitglied unseres Kreises werden, dessen höchstes und letztes Ziel Deutschlands Wiedergeburt ist.“

Also eine Neuerscheinung auf dem Markte der reaktionär-antisemitischen Bewegung, die sorglich zu überwachen sein wird. Ein gleicher Verein besteht auch in Berlin.

11. Situationsbericht der Ortsgruppe Allenstein.

Die Ortsgruppe Allenstein des Centralvereins hat sich durch unliebsame Vorkommnisse veranlaßt gesehen, an sämtliche Juden in Allenstein einen Situationsbericht über den Antisemitismus zu versenden. Der Aufruf, der als Musteraufruf gelten kann, ist in Anlehnung an die Berichte des Centralvereins entstanden. Es wäre wünschenswert, wenn die Ortsgruppen des Centralvereins, soweit derartige Aufklärungen noch nicht versandt worden sind, dem Beispiele der Ortsgruppe Allenstein folgen würden und an alle Juden der betreffenden Stadt oder des betreffenden Bezirkes einen ähnlichen Aufruf richten würden. Als Muster sei auszugsweise der Aufruf der Stadt Allenstein nachstehend abgedruckt:

Vertraulich! Wenn gelesen, verbrennen!

An alle Glaubensgenossen der Stadt Allenstein.

Die Ortsgruppe Allenstein des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, die sich die Bekämpfung des Antisemitismus zur Hauptaufgabe gemacht hat, wendet sich an alle Glaubensgenossen der Stadt Allenstein mit nachfolgendem Situationsbericht über den augenblicklichen Stand der Judenhetze und die Notwendigkeit von Gegenmaßnahmen.

1. Der gewaltige Umfang der Hetze.

Die Judenhetze wächst von Stunde zu Stunde. Hunderttausende von Flugblättern und Flugschriften werden durch das Reich geschleudert; die deutsche Handwerkerschaft, Arbeiterschaft und das Militär in den Kasernen werden planmäßig mit antisemitischen Flugblättern gemeinsten Inhalts versorgt. Stadt auf Stadt wird vorgenommen durch bezahlte Agitatoren, die, wie auch in Allenstein festgestellt ist, das Reich bereisen, die Arbeiter in den Fabrikbetrieben für ihre Ideen zu gewinnen suchen und sich unter dem Deckmantel der Arbeiter-, Handwerker-, Militärfreundlichkeit an in diesen Kreisen geachtete Persönlichkeiten (Arbeiterräte usw.) heranmachen, um durch sie in jeder geeigneten Weise Einfluß auf ihre Kreise zu erringen. Einen großen Umfang hat auch in den Ostseebädern die Judenhetze angenommen und z. B. in Cranz zu Gewalttätigkeiten geführt, denen die Regierung durch Absendung von Truppen begegnen mußte. Aehnliche Gewalttätigkeiten werden aus Bad Kolberg mitgeteilt, und bei den Plünderungen auf dem Berliner Wedding waren nach mündlicher Aeußerung des Reichswehrministers Noske zweifellos antisemitische Hetzprediger tätig, die die Menge mit Erfolg zur Plünderung jüdischer Geschäftshäuser aufforderten. Betreffs der Ausrüstung der Pogromgarde wurde in einer in Berlin von einem antisemitischen Ausschuß veranstalteten Geheimversammlung und während des Parteitages der Deutsch-Nationalen Volkspartei im Juli d. J. auf den Gummiknüppel, als „das beste Instrument zur Lösung der Judenfrage“ hingewiesen, der nur an national gesinnte Verbände geliefert wurde. Dieser Gummiknüppel spielte auch in den Cranzer Unruhen seine Rolle.

2. Gegenmaßnahmen.

Durch Aufklärung besonders der arbeitenden Bevölkerung auf geeignete Art mit Gegenflugblättern usw. hat die Ortgruppe versucht, in unserer Stadt und bei unserer ländlichen Bevölkerung antisemitischen Unruhen vorzubeugen. Aber wir sind uns darüber klar, daß unsere Arbeit vergebens ist, wenn nicht ein jeder Glaubensgenosse in seinem geschäftlichen Verhalten und der Art seines Auftretens die Vorschriften von Gesetz und Sitte strengstens beachtet und alles in irgend einer Weise Auffällige vermeidet. Verfehlungen des Einzelnen werden leider nicht nur diesem sondern der Gesamtheit zur Last fallen.

Glaubt Ihr, daß Euch von irgend einer Seite Unrecht geschieht, so wendet Euch vertrauensvoll an die Ortsgruppe, die Euch unparteiisch beraten wird.

Wer von Euch in der jetzigen Zeit durch sein Verhalten dem Antisemitismus neue Nahrung gibt, lädt eine ungeheure Verantwortung auf sich und zwingt uns im Interesse der übrigen Glaubensgenossen gegen ihn — nötigenfalls öffentlich — Stellung zu nehmen.

Helft uns mit Rat und Tat, mit Herz und Hand im Kampfe für unser Recht und in der Abwehr judenfeindlicher Bestrebungen.

Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.
Ortsgruppe Allenstein.

12. Die Unruhen in Chemnitz.

Anläßlich der Unruhen in Chemnitz wurden Gerüchte verbreitet, daß gleichzeitig Ausschreitungen gegen die Juden begangen worden seien. Die judenfeindliche Stimmung in Chemnitz wurde durch einen hetzerischen Artikel gefördert, der unter der Ueberschrift: „Religion ist Privatsache“ die Runde durch sämtliche antisemitische Zeitungen machte. Die Ortsgruppe Chemnitz des Centralvereins hat darauf in einem Inserat, das in den 6 Chemnitzer Zeitungen erschien, die völlig aus der Luft gegriffenen Behauptungen des antisemitischen Ar-

tikels Punkt für Punkt aufgeklärt resp. widerlegt. Das sachgemäß abgefaßte Inserat lautete:

Religion ist Privatsache!

Unter dieser Ueberschrift hat der Deutsch-Völkische Bund, Ortsgruppe Chemnitz, Flugblätter, hauptsächlich in den Fabrikvierteln, verteilen lassen.

Die darin aufgestellten Behauptungen sind unwahr, die Darstellung der rituellen Schlachtungen entstellt, die Schlußfolgerungen sinnlos.

Weder sind wöchentlich 5 bis 8 Rinder für Chemnitzer Juden ausgesucht, noch ist ein einziges solches in andere Ortschaften, in denen Juden wohnen, versendet worden. In keiner Woche wurden mehr als 3 Stück Vieh geschlachtet, von denen die Hinterviertel inkl. der beliebten Lenden nicht an Juden zur Verteilung kamen. Jeder Fleischer wird bestätigen, daß die hintere Hälfte eines Rindes wertvoller ist, als die vordere Hälfte.

Von den 1600 bis 1800 jüdischen Seelen, die mit rituell geschlachtetem Fleisch versorgt werden, ist für keine einzige ein Gramm Fleisch mehr abgegeben worden, als für die gesamte Bevölkerung zugeteilt wurde. In den Wochen, in denen kein frisches Fleisch zur Verfügung stand, hat der Teil der jüdischen Bevölkerung der aus religiösen Gründen kein Büchsenfleisch nehmen wollte, auf Fleisch überhaupt verzichten müssen. Ferner haben die rituell belieferten Entnehmer weder Speck, Gefrierfleisch, Pökelschweinefleisch noch Kunstfett erhalten, auch keine Marken dafür. Das für 1600 bis 1800 Personen hiervon verfügbare Quantum kam also der übrigen Bevölkerung zugute, die sich schon dadurch wesentlich besser stand.

Ob diese Methode des Schächtens oder des Schlachtens die richtige ist, darüber sind sich die Gelehrten nicht einig. Wir Juden halten daran fest, daß unsere Methode dem Tiere viel Qual erspart.

Jedenfalls steht es den Leuten übel an, in dieser Frage ihr Mitleid mit dem Tiere zu betonen, die unser Volk zu Pogromen aufreizen.

Als deutsche Juden müssen wir gegen die unverantwortlichen Schmähungen und Verhetzungen auf das schärfste Protest einlegen.

Wir sind nach unserer Erziehung und Kultur deutsche Staatsbürger und verlangen, da wir uns in diesem Kriege ebenso für den Bestand des Vaterlandes eingesetzt haben, wie die Staatsbürger christlichen Glaubens, daß wir vor den Anpöbelungen antisemitischer Demagogen geschützt werden.

Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens,
Ortsgruppe Chemnitz.

Zu den Unruhen selbst, bei denen es zu Pogromen im eigentlichen Sinne des Wortes nicht kam, ging dem Centralverein der nachstehend im Auszug veröffentlichte Bericht zu. Es ist dies der Bericht eines Mitgliedes des Centralvereins an die zur Untersuchung eingesetzte Kommission.

In chronologischer Ordnung haben sich die Dinge wie folgt abgespielt: In den ersten Tagen des August machte sich unter der arbeitenden Bevölkerung eine Bewegung wegen der unzureichenden Fett- und Zuckerverteilung geltend. Anonyme Handzettel forderten zu Demonstrationen vor dem Rathaus auf. Gleichzeitig wurden vor den Fabriken und in den Arbeitervierteln in großen Massen Flugblätter des Deutschvölkischen Bundes, Ortsgruppe Chemnitz, verteilt, in denen unter der Ueberschrift „Religion ist Privatsache“ den Behörden vorgeworfen wurde, daß sie die Juden reichlich mit frischem guten Fleisch versorgten, während die übrige Bevölkerung mit minderwertigem Büchsenfleisch vorlieb nehmen müsse. Der Inhalt dieses Flugblattes, das sich an die arbeitende Bevölkerung wandte, wurde aufs eifrigste besprochen, besonders da die zuständigen Behörden, gegen die sich der schwere Vorwurf der ungerechten Verteilung in erster Linie richtete (wenngleich es offensichtlich war, daß die schon unruhigen Massen gegen die Juden aufgehetzt werden sollten), keine Antwort fanden, um die unwahren Behauptungen zu widerlegen. Das „Chemnitzer Tageblatt“, das sich noch als Amtsblatt der staatlichen und städtischen Behörden bezeichnet, brachte weiter antisemitische Artikel. In der mehrheitssozialistischen „Volksstimme“ dagegen erschienen mehrere Aufsätze, die sich gegen die Hetzarbeit der Antisemiten wandten. Das Ausschlachten der Lebensmittel-Unruhen war nur eine Fortsetzung der intensiven antisemitischen Propaganda, die einige Wochen vorher durch eine große Versammlung, in welcher der bekannte Professor Werner-Gießen sprach, und bei der es schon zu tätlichen Ausschreitungen gegen die Juden kam, eingeleitet worden war. Verteilung von Flugschriften, Hammerblättern und Broschüren aufhetzenden antisemitischen Inhalts, sowie Einzelbearbeitung durch geschickte Agitatoren in den Arbeitsstätten folgten. Es fanden dann täglich Ansammlungen der Lebensmittel-Demonstranten vor dem Rathaus statt. Von einer aus der Menge herausgewählten Kommission wurden Haussuchungen in den Lebensmittelgeschäften abgehalten. Unter den demonstrierenden Massen wurde die antisemitische Hetze eifrigst weiter getrieben, so daß besonders von Frauen verlangt wurde, gegen die jüdischen Lebensmittelgeschäfte vorzugehen. Nur dem Umstand, daß ein solches irgendwie nennenswertes Geschäft in Chemnitz überhaupt nicht existiert, ist es zu danken, daß es nicht zu Angriffen kam. Dafür zogen antisemitische Banden abends durch die Gastwirtschaften, und an verschiedenen Stellen kam es zu Tätlichkeiten gegen zufällig anwesende Juden. Derartige Ausschreitungen wurden in den Kaffees Seifert, Wettin, dann im Restaurant Traube verübt, wo jedoch nur einige Fensterscheiben zerbrochen wurden. Juden wurden dort nicht gefunden. Dann zog die gleiche Bande nach dem Rathauskaffee und veranlaßte dessen Schließung und Herbeirufung von Militärhilfe. Die weiteren Demonstrationen hatten keinen antisemitischen Charakter, ein Beweis dafür, daß die dahingehende Bewegung nur künstlich von gewissenlosen Agitatoren ins Leben gerufen worden ist, und beim Volk keinen Resonanzboden findet . . .

Interessant ist noch, daß, als bei der Besprechung der Ausschreitungen der Professor Werner-Versammlung im Arbeiterrat die Gefahr der Antisemitenpropaganda zur Sprache kam, der Kommunistenführer Brandler erklärte, daß seine Partei kein Interesse habe, dagegen einzuschreiten.

13. Plünderungen in Cassel.

Die Casseler Ortsgruppe macht darauf aufmerksam, daß in dem Leitartikel „Die Pogromhetze" von Dr. Alfred Wiener (Nr. 7/8 der Zeitschrift „Im Deutschen Reich" von Juli/August dieses Jahres) ein Irrtum unterlaufen ist. Die Plünderungen in Cassel, von denen Herr Dr. Wiener berichtet, trugen keineswegs antisemitischen Charakter, sondern die Menge ging planlos vor. — Diese Richtigstellung ändert natürlich nichts an der unumstrittenen Tatsache, daß bei den letzten Plünderungen und Unruhen wie in Berlin-Wedding, Berlin-Schöneberg und Chemnitz antisemitische Hetzereien eine große Rolle gespielt haben.

14. Zur Beachtung.

In den letzten Tagen werden Rundschreiben und Aufrufe von neu gegründeten Organisationen versandt, die es sich nach ihren Schreiben zur Aufgabe gemacht haben, den Antisemitismus zu bekämpfen. Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens hat mit diesen Sammlungen von Organisationen, insbesondere mit der Liga zur Bekämpfung antisemitischer Bestrebungen, Berlin, Potsdamerstraße 40, I. Treppe, nichts zu tun. Er warnt, diesen dunklen Gründungen auch nur einen Pfennig zu opfern.

15. „Der neue Staat."

In der Flut der antisemitischen Hetzereien berührt es angenehm, eine Zeitung in die Hand zu bekommen, die gerechte Auffassungen vertritt. So erscheint in München seit kurzem eine Wochenschrift „Der neue Staat", die zu ihrem Programm erhoben hat, „kritische Beiträge zur Politik der Gegenwart" zu liefern. Die Nr. 7 dieses Blattes beleuchtet in einem Leitartikel in durchaus objektiver Weise die jüdische Frage. Die Nr. 8 beschäftigt sich kurz mit dem jetzt in Mode gekommenen Gummiknüppel „der dicke Kohn", mit dem die Antisemiten die Abwehr des jüdischen Geistes betrieben. Der Herausgeber erklärte sich bereit, unter voller Wahrung seiner Unabhängigkeit gelegentlich auch weiter aufklärend in der Antisemitenfrage zu wirken. Es wäre wünschenswert, wenn diese neue Wochenschrift in den Kreisen der gebildeten Juden Beachtung fände.

16. Cujus natio, ejus regio!

Offener Brief an Professor Lewin-Charlottenburg.

Sehr verehrter Herr Professor!

Die Hauptversammlung des Centralvereins ist neulich über Ihren Antrag betreffend Staatsbürgertum und nationales Bekenntnis zur Tagesordnung übergegangen. Schließen Sie aber bitte daraus nicht, daß man Sie mißverstanden habe; im Gegenteil, die Darstellung, die Sie vom Nationsbegriff des Centralvereins gaben, ermöglicht es uns grade, unsere wahre Auffassung um so schärfer darzulegen. Mit einem Satz ist der Grundunterschied gekennzeichnet; nach Ihrer Meinung huldigt der Centralverein der Anschauung: cujus regio ejus natio (wem das Land gehört, der entscheidet über das nationale Bekenntnis der Bevölkerung), — tatsächlich gehen wir vom umgekehrten Satze aus: cujus natio, ejus regio (die Nation strebt nach dem Reich)!

Lassen Sie mich die Gegensätzlichkeit dieser beiden Auffassungen kurz auseinandersetzen. Sie warfen dem Centralverein vor, daß er den „rechtlichen" Staatsbürgerbegriff zu einem „persönlichen" mache. Während die Staatsangehörigkeit doch eine rein juristische Angelegenheit sei, machten wir ein persönliches Bekenntnis daraus. Das sei Chauvinismus, „preußisch-konservative Geschichtsauffassung" nach dem Satze: cujus regio, ejus natio! In Wahrheit gehe es den Staat gar nichts an, zu welchem Volkstum sich seine Bürger bekennten. Das Beispiel Oesterreichs habe ja bewiesen, wohin die Einmengung der Staatsgewalt in die nationalen Fragen führe: Zum Zerfall des Staates.

Auf zwei unhaltbaren Hypothesen ruht diese Anklage: Zunächst legen Sie Oesterreichs Zersplitterung der nationalen Politik der Regierung zur Last. Sollte Ihnen aber nicht bekannt sein, daß die Bestrebungen des letzten Kaisers gerade darauf gingen, der nationalen Eigenart aller seiner „Völker" gerecht zu werden? Und vorausgesetzt, daß Ihre Behauptungen bezüglich Oesterreichs zuträfen, — was berechtigt uns, aus dem Schicksal des österreichischen „Nationalitätenstaates" Richtlinien für die Politik des deutschen „Nationalstaates" abzuleiten? Sie übersehen die grundlegende Verschiedenheit der nationalen Verhältnisse bei uns und in Oesterreich. Das Schicksal Oesterreichs beweist für uns Reichsdeutsche gar nichts.

Ihre Deutung der Auflösung der Donaumonarchie dürfte lediglich als Schlußfolgerung aus Ihrer

zweiten Hypothese zu erklären sein: Daß dort die Auffassung geherrscht habe, cujus regio, ejus natio! Dieselbe Auffassung, welche die reichsdeutsche Politik beherrsche und auch vom Centralverein geteilt werde. Bei einer Prüfung dieser Annahme kann man sich der Frage nicht entziehen, w e r es denn sei, dem das Reich gehöre, und der daher über das nationale Bekenntnis entscheiden zu dürfen glaube. Und die Antwort auf diese Frage macht auch diese Ihre zweite Hypothese unhaltbar. Ihr Satz mag nämlich im Zeitalter des Absolutismus, wo er geprägt worden ist (cujus regio, ejus religio) zutreffend gewesen sein; da war der Staat im Alleinherrscher verkörpert, und dessen Nationalität war entscheidend. Aber heut, im Jahrhundert der Demokratie, der Verfassungsstaaten? Heut sind es die V ö l k e r, die das Reich beherrschen. — Und wenn diese Völker nun über Nationalität bestimmen, so tun sie nichts anderes, als daß sie ihr eigenes Schicksal in die Hand nehmen. Ist das so verwerflich, Herr Professor, so „preußisch-konservativ"? Mir erscheint vielmehr das „cujus regio, ejus natio" auf heutige Verhältnisse bezogen, als eine Seifenblase, die beim kräftigen Zusammenfassen zergeht; in der Gegenwart bedeutet der Satz nämlich lediglich: cujus natio — ejus natio! Diese tiefgründige Wahrheit wollen wir allerdings nicht bestreiten, selbst auf die Gefahr hin, Chauvinisten genannt zu werden.

Sie sehen, sehr verehrter Herr Professor, w a r u m Ihre Meinung für uns undiskutabel war, weil Sie uns Anschauungen unterstellten, die uns nicht nur fern liegen, sondern, von unserm Standpunkte gesehen, überhaupt keinen Sinn haben. Wir denken gar nicht daran, den juristischen Staatsbürgerbegriff zum Gegenstand eines persönlichen Bekenntnisses zu machen. Denn wir gehen eben nicht von Ihrer Hypothese aus, sondern im Gegenteil von deren Umkehrung: cujus natio, ejus regio! Uns haben die Zeitereignisse gelehrt, daß die Nationen etwas geschichtlich Gewordenes, historische Lebewesen sind. Der Zerfall Oesterreichs erklärt sich als „Befreiung der Nationen" viel einfacher als durch Ihre Gedankenfolge. Und die Einheit des deutschen Reiches beruht auf demselben Grunde: daß es nämlich ein deutsches Reich ist, ein „Nationalstaat". Sie befürworten den Nationalitätenstaat, Herr Professor, die Geschichte der letzten Jahre aber hat gezeigt, daß der Nationalitätenstaat ein Widerspruch in sich, eine Absurdität ist; daß es nur zwei Möglichkeiten gibt: den N a t i o n a l s t a a t oder die E n t p o l i t i s i e r u n g der Nationen. Das Selbstbestimmungsrecht der nationalen Minderheiten ist nur ein Notbehelf während der Uebergangszeit, in der noch nicht feststeht, welchen der beiden Wege die Entwicklung nehmen wird.

Hieraus ergibt sich klar und widerspruchslos der Standpunkt des Centralvereins in der Frage der Nationalität der deutschen Juden: Ebenso wie wir der Abstammung und dem religiösen Bekenntnis nach J u d e n sind, gehören wir in nationaler Beziehung dem D e u t s c h t u m zu. Im deutschen Nationalstaat sind wir auch deutsche S t a a t s b ü r g e r; aber wenn eine politische Machtkonstellation uns diese Eigenschaft raubt, uns zu französischen oder polnischen Staatsbürgern macht, so löst sie damit noch nicht unsere Zugehörigkeit zur deutschen Nation: wir bleiben deutsche Juden, ob als Staatsbürger oder als Irredentisten. Wir s i n d in letzterem Falle nicht mehr deutsche Staatsbürger, aber wir werden danach streben, es wieder zu w e r d e n; denn cujus natio, ejus regio!

In hochachtungsvoller Ergebenheit

gez. Arthur Wolfgang Cohn.

Antwort an Herrn Dr. Arthur Wolfgang Cohn.

Ich habe zu bemerken:

1. Die Heranziehung des österreichischen Beispiels sollte lediglich zeigen, wohin eine falsche Nationalitätenpolitik einen Staat bringen kann; daß es auch anders geht, würde z. B. die Schweiz erweisen.
2. Ob sich der Centralverein Ihre Sentenz: cujus natio, ejus regio (die Nation strebt nach dem Reich) als Grundsatz zu eigen machen will, mag er selbst entscheiden. Die Mitglieder des Centralvereins in den Landesteilen, die jetzt an Frankreich, Dänemark, Polen fallen, werden dazu kaum Neigung haben, ihn anzuerkennen. Sie werden schwerlich ihren neuen Regierungen gegenüber die Rolle von Hochverrätern spielen wollen.

Vielleicht unterhalten Sie sich auch einmal über Ihren Grundsatz mit einem Schweizer Staatsbürger deutscher Nationalität.

Ergebenst

gez. C. Lewin.

Erwiderung an Professor C. Lewin.

Sehr geehrter Herr Professor!

Erlauben Sie mir, auf Ihre Einwürfe das Folgende zu bemerken:

1. Die Berufung auf die nationalen Verhältnisse in der Schweiz hätte aus demselben Grunde wie die Anführung des Schicksals Oesterreich-Ungarns zurückgewiesen werden müssen: „sie beweisen für uns Reichsdeutsche gar nichts".

In der Donaumonarchie haben wir ein in sich widerspruchsvolles Staatengebilde gehabt. Sie war ein „zurückgebliebener" Nationalitätenstaat, ein Gemeinwesen, in dem jede Nation der andern den Rang abzulaufen suchte und das Gebiet streitig machte.

In der Schweiz ist dieser Zustand überwunden. Es sind dort — was ich als Zukunftshoffnung für alle Länder in meinem ersten Briefe schon andeutete — die Nationalitäten als solche *entpolitisiert*, die „regio" kein Gegenstand nationalen Kampfes mehr.

Das deutsche Reich endlich stellt einen dritten, von den beiden andern Staatsgebilden wesensverschiedenen Typus dar: den *Nationalstaat*, in dem eine Nation, die deutsche, die überwältigende Mehrheit der Landesbevölkerung ausmacht und die geringen Reste anderer Nationen aufzusaugen strebt, sei es durch hakatistische Gewaltpolitik, sei es durch unmerkliche, aber auf die Dauer unwiderstehliche kulturelle Beeinflussung.

Will man also über die nationalen Verhältnisse im deutschen Reich urteilen, so muß man sich hüten, sie mit den Zuständen anderer Staaten gleichzusetzen, die grundsätzlich verschieden geartet sind.

2. Der Satz „cujus natio, ejus regio" ist kein „Grundsatz", den sich der Centralverein als Norm politischen Handelns „zu eigen machen" könnte, sondern nur die *Anerkennung einer historischen Tatsache*: daß jede Nation, sofern sie nicht entpolitisiert ist, wie die Nationalitäten in der Schweiz und in Belgien — nach „Einheit und Freiheit" strebt. (vgl. Kjellén, „Der Staat als Lebensform"; Max Weber in den Verhandlungen des zweiten Deutschen Soziologentages). Die Irredenta ist das deutlichste Zeichen dieses Strebens, dessen Aufhören den *politischen* Tod der Nation bedeutet.

Wie die jetzt vom Reich abgetrennten Deutschen, die neuen französischen, dänischen, polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität sich *praktisch* verhalten werden, ist für die Feststellung der erwähnten soziologischen Tatsache gleichgültig. Es bestehen *drei Möglichkeiten*: entweder die Entpolitisierung der Nationen schreitet fort — oder die Auslandsdeutschen werden französisiert, dänisiert, polonisiert — oder sie bilden eine neue Irredenta (die freilich zum Hochverrat führen kann). Keiner dieser Fälle widerspricht dem von mir aufgestellten Satze, und jede der Möglichkeiten ist für den *Juden deutscher Nationalität* ebenso gegeben wie für den deutschen Christen oder Dissidenten!

Mit vorzüglicher Hochachtung

Arthur Wolfgang Cohn.

17. Großloge Brith „Abraham".

Die Jüdische Rundschau bringt in ihrer Nummer 54 die Mitteilung, daß die Großloge Brith „Abraham" eine Resolution angenommen hat, zionistische Bewegungen zu unterstützen. Der Centralverein hat festgestellt, daß *es sich bei der Großloge Brith „Abraham" um eine Loge handelt, die dem Orden „Bne Brith" fernsteht.*

18. „Jüdischer Wächter, G. m. b. H." „Jewish Guardian, Limited."

Eine interessante Eintragung ist die des „Jewish Guardian Limited" („Jüdischer Wächter"), die ein Nominalkapital von 25 000 £ St. in 10 £ Aktien besitzt. Diese Zeitschrift soll den Grundsatz vertreten, daß das Judentum ein Religionssystem ist, und daß Angehörige des jüdischen Glaubens in keiner Weise eine besondere politische oder nationale Einheit bilden. Die Unterzeichner der Gründungsurkunden sind Sir Charles S. Henry, Baronet, Mitglied des Unterhauses, und F. D. Benjamin. Unter den Direktoren des Unternehmens befinden sich: Dr. Israel Abrahams, Dozent an der Universität von Cambridge, und Mr. C. Goldsmid Montefiore.

19. Das Büro des Centralvereins.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß die überwiegende Zahl unserer Mitglieder über den inneren Geschäftsgang unserer Organisation, insbesondere über die Ausgestaltung unseres Hauptbüros, nicht einmal im entferntesten unterrichtet ist. Es ist aber erforderlich, daß die Mitglieder auch wissen, *wie* die Arbeit bei uns geleistet wird.

Auch die Kenntnis des äußeren Rahmens unseres Betriebes trägt dazu bei, das Vertrauen der Mitglieder zu unserer Tätigkeit zu stärken. Deshalb seien hier einige Angaben über den Umfang unseres Büros gemacht.

Ein erheblicher Teil unserer Mitglieder ist des Glaubens, daß sich unsere Geschäftsräume in irgend einem Winkel des Hauses Lindenstraße 13 befinden. Die Zeiten, in denen der Centralverein sich mit einem kleinen, armseligen Büro begnügen konnte, sind längst vorüber. Heute erstrecken sich unsere Geschäftsräume über 2 Stockwerke, die 18 Einzelzimmer umfassen. Und schon genügt auch dieser Raum nicht mehr. Wir müssen uns bereits mit dem Gedanken einer nochmaligen räumlichen Erweiterung des Büros tragen.

In diesen ausgedehnten Geschäftsräumen ist ein Stab von Mitarbeitern tätig, über deren Zahl sich die Mitglieder wohl ebenfalls kein rechtes Bild machen. Neben unserm ersten Syndikus, Herrn Dr. Ludwig Holländer, teilen sich vier stellvertretende Syndici, und zwar die Herren Rechtsanwälte Dr. Kurt Alexander, Dr. Leo Hirschfeld, Heinrich Stern und Herr Dr. Alfred Wiener in die Arbeit. Sie werden noch von einer Reihe von Hilfsarbeitern, die teils hauptamtlich, teils nebenamtlich hier beschäftigt sind, unterstützt. Dazu kommt noch der Schriftleiter der Zeitschrift.

Die eigentliche Büroarbeit wird von einem Personal, das 60 Köpfe beträgt, geleistet.

Der gesamte ungeheure Arbeitsstoff ist in verschiedene Dezernate eingeteilt, die von den Syndici bearbeitet werden. Allein die zur Bekämpfung des Antisemitismus erforderlichen Arbeiten sind so ungeheure, daß 3 Syndici mit ihrer Erledigung vollauf beschäftigt sind. Dazu haben wir als besondere Dezernate Organisationsfragen, innerjüdische Angelegenheiten, Probleme der Jugendbewegung und neuerdings die Propaganda der Abwehrspende. Ein selbständiges Dezernat ist ferner die Redaktion der Zeitschrift.

Die Verteilung der Arbeiten auf die verschiedenen Dezernenten kann naturgemäß deshalb auf die Dauer nicht nach einer bestimmten Regel erfolgen, weil stets einer oder mehrere der Herren auf der Reise sind. Um dennoch ein einheitliches Arbeiten zu gewährleisten, wird dem ersten Syndikus oder seinem Vertreter täglich über alle wichtigen Dinge Bericht erstattet, der diesen hinwiederum an den Vorstand oder an den aus Vorstandsmitgliedern bestehenden Arbeitsausschuß oder an den sonst zuständigen Ausschuß weitergibt.

Die Leitung des großen Büros selbst erfordert naturgemäß eine besondere Umsicht. An der Spitze steht eine Bürovorsteherin, die die Verteilung der Arbeit auf die verschiedenen Angestellten erledigt und dafür Sorge zu tragen hat, daß alle Akten mit Eingängen, Fristen usw. rechtzeitig den Dezernenten vorgelegt werden. Eine Reihe von Damen sind als Stenotypistinnen tätig. Die Registrierung der eingehenden und die Expedition der ausgehenden Post — täglich gehen durchschnittlich 300 Briefe aus und ein — erfordert weiter besondere Hilfskräfte. Wieder andere sind damit beschäftigt, die Akten in Ordnung zu halten, sie zu binden, zu registrieren und so weiter. Von dem Umfang des Betriebes gewinnt man am besten eine Vorstellung, wenn angegeben wird, daß im Büro 600 Propagandaakten, 175 Ortsgruppenakten, 250 besondere Akten und 1000 laufende Vorgänge zu bearbeiten sind. — Eine große Anzahl von Zeitungen und Zeitschriften gehen täglich ein. Sie müssen rechtzeitig bestimmten Vorstandsmitgliedern, den Syndici und Hilfsarbeitern vorgelegt werden. Auch zur Erledigung dieser Dinge sind Bürokräfte notwendig. — In besonderen Räumen befindet sich die Buchhaltung; hier ist der Kassierer mit seinem Stab von Mitarbeitern tätig. Hier werden die Ortsgruppenverzeichnisse und Mitgliederlisten geführt. — Gesondert arbeitet das Propagandabüro für die Abwehrspende, das ebenfalls einen nicht unerheblichen Bürobetrieb zu erledigen hat. — Daneben befinden sich die Geschäftsräume der Redaktion und die der Expedition. Hier wird auch das Propagandamaterial, Flugschriften und Flugblätter aufbewahrt und versandt. Gerade in diesen Tagen des Flugblattkampfes wird hier eine besonders eifrige Tätigkeit entwickelt. Täglich werden etwa 50 000 Flugblätter und 10 000 Flugschriften versandt. — Einen eigenen Büroraum hat schließlich noch der neue Gabriel Riesser-Verlag.

Vielleicht tragen diese Angaben dazu bei, auch die Freude der einzelnen Mitglieder an der Arbeit im Centralverein zu heben. Denn es ist ein anderes Gefühl, ob man Mitarbeiter eines kleinen Vereins oder Mitarbeiter einer großen ausgedehnten Organisation ist. Und daß unsere Organisation auch im äußeren Rahmen nichts an Ausdehnung zu wünschen übrig läßt, das glauben wir gezeigt zu haben.

20. Bürotechnisches.

Die Mitglieder des Centralvereins werden wiederholt gebeten, Briefe in Angelegenheiten des Centralvereins nicht an eine bestimmte Adresse, sondern an das Büro des Centralvereins, Berlin SW 68, Lindenstraße 13, zu senden. Nur so wird eine rasche, hindernislose Erledigung ermöglicht. In allen Fällen, in denen Schreiben an eine be-

stimmte Persönlichkeit gerichtet sind, bleiben die Briefe, falls der Betreffende verreist ist, unter Umständen wochenlang ohne Erledigung. — Es wird ferner gebeten, von jeder Wohnungsänderung dem Büro des Centralvereins sofort Mitteilung zu machen.

Mitarbeit erwünscht.

Die Auswahl und Zusammenstellung des Materials für die „Mitteilungen des Syndikus" macht vielfach Schwierigkeiten. Die Ortsgruppenvorstände werden daher dringend gebeten, den Centralverein auch hierin mehr als bisher zu unterstützen. Das Material, das ihnen durch ihre Vereinsarbeit zufließt, und von dem sie annehmen, daß es im Central-Verein verwertet werden kann, müssen sie dem Büro zu diesem Zweck übermitteln. Es muß dem Centralverein natürlich vorbehalten bleiben, eine Sichtung des Materials vornehmen zu dürfen, aber eine Mitarbeit aller ist auch in diesem wesentlichen Punkt der Centralvereins-Tätigkeit dringend vonnöten.

Verantwortlich: Syndikus Dr. Holländer, Berlin SW 68, Lindenstr. 13 I.
Druck: W. W. (Ed.) Klambt, G. m. b. H., Charlottenburg 4.